

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

32. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 18. Mai 1979	Nummer 37
--------------	--	-----------

Inhalt

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Finanzminister	
17. 4. 1979	RdErl. – Abschlagszahlung auf die zu erwartende allgemeine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge, der Anwärterbezüge und des Urlaubsgeldes	791
	Hinweis	
	Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 4 v. 25. 4. 1979	804

II.

Finanzminister

**Abschlagszahlung
auf die zu erwartende allgemeine Erhöhung
der Dienst- und Versorgungsbezüge
der Anwärterbezüge und des Urlaubsgeldes**

RdErl. d. Finanzministers v. 17. 4. 1979 -
B 2100 - 56 - IV A 2

Der Bund bereitet z. Z. ein Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1979 vor. Nach dem Entwurf soll mit unmittelbarer Geltung auch für den Bereich der Länder mit Wirkung vom 1. März 1979 eine Erhöhung der Grundgehälter und Amtszulagen sowie der Ortszuschläge und der Anwärterbezüge um 4 v. H. vorgenommen werden. Daneben ist eine Erhöhung des Urlaubsgeldes für Besoldungsempfänger von bisher 150,- DM auf 300,- DM bzw. für Anwärter von bisher 100,- DM auf 200,- DM vorgesehen; Urlaubsgeldberechtigte, deren regelmäßige Arbeitszeit oder deren Dienst ermäßigt worden ist und die entsprechend verringerte Dienstbezüge erhalten, sollen statt des bisher einheitlich gewährten Urlaubsgeldes von 75,- DM ein im gleichen Verhältnis wie ihre Bezüge verringertes Urlaubsgeld erhalten. Außerdem ist beabsichtigt, den Erhöhungsbetrag für Versorgungsempfänger nach § 14 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG von 8,65 DM auf 17,30 DM zu verdoppeln.

Nach dem Vermerk zu Kapitel 1402 Titel 461 1 des Landeshaushalts 1979 ist der Finanzminister ermächtigt, entsprechend dem Vorgehen des Bundes Abschlagszahlungen auf die zu erwartenden Erhöhungsbeträge zu leisten. Zur Durchführung der Abschlagszahlungen bitte ich folgendes zu beachten:

1 Allgemeines

Den Beamten, Richtern und Versorgungsempfängern des Landes sind - möglichst mit den Bezügen für den Monat Juni 1979 - erhöhte Bezüge zu zahlen. Für die Monate März bis Mai 1979 sind entsprechende Nachzahlungen zu leisten. Die Zahlungen werden unter dem Vorbehalt einer späteren gesetzlichen Regelung geleistet; der Vorbehalt bezieht sich auf die Mehrbeträge, die sich gegenüber den nach den geltenden gesetzlichen Vorschriften zu zahlenden Bezügen ergeben.

2.1 Abschlagszahlungen auf die erhöhten Dienstbezüge

Anlage 1

2.11 Die Grundgehaltssätze der Besoldungsordnungen A, B, H und R werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 1 ersetzt.

Anlage 3

2.12 Die Sätze der Amtszulagen der Bundesbesoldungsordnungen A und R sowie der Landesbesoldungsordnung A (Anlage 1 in Verbindung mit Anlage 2 des LBesG 77) werden um 4 v. H. erhöht. Die Beträge der Amtszulagen sind in der Anlage 3 ausgewiesen.

Anlage 2

2.13 An die Stelle der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt der Hochschullehrer treten die Beträge der Anlage 1.

2.14 Die für Hochschullehrer auf Grund der Vorbemerkungen zur Besoldungsordnung H festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt werden um 4 v. H. erhöht. Bruchteile von Pfenningbeträgen werden auf volle Pfenningbeträge aufgerundet.

2.15 Die Sätze der Ortszuschläge werden durch die Sätze der beigefügten Anlage 2 ersetzt.

2.16 Bei Überleitungs- und Ausgleichszulagen ist wie folgt zu verfahren:

2.161 Ausgleichszulagen nach Artikel V § 4 des AnpGNW-2. BesVNG nehmen in der sich am 1. März 1979 ergebenden Höhe an der Erhöhung um 4 v. H. teil. Nummer 2.14 Satz 2 gilt entsprechend.

2.162 Überleitungszulagen nach Artikel IX § 11 des 2. BesVNG und nach Artikel V § 3 Abs. 1 des AnpGNW-2. BesVNG oder nach Artikel III Abs. 1 des 2. AnpGNW-2. BesVNG nehmen an der Erhöhung um 4 v. H. teil, sofern sie für die Verminderung des Grundgehalts oder des Ortszuschlags oder für

den Wegfall oder die Verminderung einer Amtszulage gewährt werden. Nummer 2.14 Satz 2 gilt entsprechend.

Überleitungszulagen, die für den Wegfall oder die Verminderung von ruhegehaltfähigen Stellenzulagen gewährt werden, nehmen an der Erhöhung nicht teil.

2.163 Die Ausgleichszulage in Artikel 13 des Finanzanpassungsgesetzes in der Fassung des Artikels V § 6 des 2. BesVNG ist ebenfalls um 4 v. H. zu erhöhen. Nummer 2.14 Satz 2 gilt entsprechend.

2.164 Ausgleichszulagen nach Artikel IX § 12 des 2. BesVNG, nach Artikel V § 3 Abs. 1 des AnpGNW-2. BesVNG und Artikel 1 § 4 des Haushaltsstrukturgesetzes vermindern sich nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. Ich nehme insoweit insbesondere auf die Nummern 6.2 und 6.3 meines RdErl. v. 30. 1. 1976 (SMBL. NW. 20320) Bezug.

Abschlagszahlung auf die erhöhten Versorgungsbezüge

2.21 Die Nrn. 2.11, 2.12 und 2.14 bis 2.16 gelten entsprechend für die Berechnung der Versorgungsbezüge.

2.22 Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt oder eine Amtszulage nach einer Besoldungsgruppe des früheren Landesbesoldungsrechts zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze und die Amtszulagen um 4 v. H. erhöht.

2.23 Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegt, wird die Grundvergütung um 4 v. H. erhöht.

2.24 Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 3,7 v. H. erhöht.

2.25 Ausgleichszulagen nach Artikel 1 § 4 des Haushaltsstrukturgesetzes vermindern sich nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften. Ich nehme insoweit auf die Nrn. 2.6 bis 2.8 meines RdErl. v. 9. 2. 1976 (MBL. NW. S. 248) Bezug.

2.26 Auf die in Artikel III des Entwurfs vorgesehene Verdoppelung des in § 14 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG enthaltenen Erhöhungsbetrages von 8,65 DM sind vorerst keine Abschlagszahlungen zu leisten.

2.27 Die ab 1. März 1979 maßgebenden Mindestversorgungsbezüge, Mindestunfallversorgungsbezüge und Mindestkürzungsgrenzen nach dem Beamtenversorgungsgesetz ergeben sich aus der Anlage 4.

Anlage 4

2.3 Abschlagszahlung auf die erhöhten Anwärterbezüge und Unterhaltsbeihilfen

Die Anwärterbezüge für die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sowie die Unterhaltsbeihilfen für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten ergeben sich aus der Anlage 5. Nummer 1 gilt entsprechend auch für Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten.

Anlage 5

Der Berechnung der Sonderzuschläge nach § 2 der Verordnung über die Gewährung von Anwärter-sonderzuschlägen an Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst vom 20. Februar 1978 (BGBl. I S. 276) sind die in Betracht kommenden Beträge der Anlage 5 zugrunde zu legen; die Sonderzuschläge nach § 6 der Verordnung bleiben dagegen unverändert.

2.4 Abschlagszahlung auf das erhöhte Urlaubsgeld

Das erhöhte Urlaubsgeld ist den Beamten und Richtern mit den Bezügen für den Monat Juli 1979 zu zahlen. Nr. 1 Satz 3 gilt entsprechend.

3 Den Gemeinden, Gemeindeverbänden und den sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

Anlage 1

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarifkl.	Dienstaltersstufe															Dienstalters- zulage
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1		836,53	864,25	891,97	919,69	947,41	975,13	1.002,85	1.030,57	1.058,29							27,72
2		886,07	913,79	941,51	969,23	996,95	1.024,67	1.052,39	1.080,11	1.107,83	1.135,55						27,72
3		949,29	978,57	1.007,85	1.037,13	1.066,41	1.095,69	1.124,97	1.154,25	1.183,53	1.212,81						29,28
4	II	985,25	1.019,12	1.052,99	1.086,86	1.120,73	1.154,60	1.188,47	1.222,34	1.256,21	1.290,08						33,87
5		1.019,94	1.058,54	1.097,14	1.135,74	1.174,34	1.212,94	1.251,54	1.290,14	1.328,74	1.367,34						38,60
6		1.079,92	1.119,94	1.159,96	1.199,98	1.240,00	1.280,02	1.320,04	1.360,06	1.400,08	1.440,10	1.481,08					1)
7		1.166,83	1.206,85	1.246,87	1.286,89	1.326,91	1.366,93	1.406,95	1.446,97	1.488,34	1.530,36	1.572,38	1.615,95	1.662,60			1)
8		1.221,97	1.271,30	1.320,63	1.369,96	1.419,29	1.469,05	1.520,84	1.572,63	1.627,09	1.684,58	1.742,07	1.799,56	1.857,05			1)
9		1.365,40	1.416,29	1.469,31	1.522,75	1.577,18	1.636,49	1.695,80	1.755,11	1.814,42	1.873,73	1.933,04	1.992,35	2.051,66			1)
10	I c	1.495,20	1.568,88	1.642,56	1.716,24	1.789,92	1.863,60	1.937,28	2.010,96	2.084,64	2.158,32	2.232,00	2.305,68	2.379,36			73,68
11		1.742,04	1.817,53	1.893,02	1.968,51	2.044,00	2.119,49	2.194,98	2.270,47	2.345,96	2.421,45	2.496,94	2.572,43	2.647,92	2.723,41		75,49
12		1.897,34	1.987,35	2.077,36	2.167,37	2.257,38	2.347,39	2.437,40	2.527,41	2.617,42	2.707,43	2.797,44	2.887,45	2.977,46	3.067,47		90,01
13			2.149,85	2.247,03	2.344,21	2.441,39	2.538,57	2.635,75	2.732,93	2.830,11	2.927,29	3.024,47	3.121,65	3.218,83	3.316,01	3.413,19	
14	I b	2.212,82	2.338,83	2.464,84	2.590,85	2.716,86	2.842,87	2.968,88	3.094,89	3.220,90	3.346,91	3.472,92	3.598,93	3.724,94	3.850,95		126,01
15		2.495,19	2.633,71	2.772,23	2.910,75	3.049,27	3.187,79	3.326,31	3.464,83	3.603,35	3.741,87	3.880,39	4.018,91	4.157,43	4.295,95	4.434,47	138,52
16		2.773,24	2.933,45	3.093,66	3.253,87	3.414,08	3.574,29	3.734,50	3.894,71	4.054,92	4.215,13	4.375,34	4.535,55	4.695,76	4.855,97	5.016,18	160,21

1) Die Dienstalterszulage beträgt

in Besoldungsgruppe	von Dienstaltersstufe	bis Dienstaltersstufe	DM
A 6	1	10	40,02
	10	11	40,98
A 7	1	8	40,02
	8	9	41,37
	9	11	42,02
	11	12	43,57
	12	13	46,65
A 8	1		
	5		
A 9	6		
	8		
	9		
	13		
	1		
	2		
	3		
	4		
	5		
	13		

(noch Anlage 1)

2. Besoldungsordnung H (Hochschullehrer)

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifkl.	Dienstaltersstufe															Dienstalterszulage
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	
1		2.149,85	2.247,03	2.344,21	2.441,39	2.538,57	2.635,75	2.732,93	2.830,11	2.927,29	3.024,47	3.121,65	3.218,83	3.316,01	3.413,19		97,18
2	I b	2.212,82	2.338,83	2.464,84	2.590,85	2.716,86	2.842,87	2.968,88	3.094,89	3.220,90	3.346,91	3.472,92	3.598,93	3.724,94	3.850,95		126,01
3		2.495,19	2.633,71	2.772,23	2.910,75	3.049,27	3.187,79	3.326,31	3.464,83	3.603,35	3.741,87	3.880,39	4.018,91	4.157,43	4.295,95	4.434,47	138,52
4		2.773,24	2.933,45	3.093,66	3.253,87	3.414,08	3.574,29	3.734,50	3.894,71	4.054,92	4.215,13	4.375,34	4.535,55	4.695,76	4.855,97	5.016,18	160,21
5	I a	3.517,94	3.692,50	3.867,06	4.041,62	4.216,18	4.390,74	4.565,30	4.739,86	4.914,42	5.088,98	5.263,54	5.438,10	5.612,66	5.787,22	5.961,78	174,56

In den Vorbemerkungen der Besoldungsordnung H werden ersetzt:

a) der bisherige Höchstbetrag für Sondergrundgehalt in der BesGr H 5 durch 6.509,43 DM,

b) der bisherige Höchstbetrag für Zuschüsse zur Ergänzung des Grundgehalts durch 1.504,-- DM.

3. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Ortszuschlag Tarifklasse	I a										
Grundgehalt	4.434,47	5.259,35	5.502,47	5.808,20	6.287,80	6.684,02	7.069,45	7.471,19	7.970,01	9.518,98	10.392,54

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifkl.	Stufe Lebensalter	Lebensalterszulage									
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1	I b	2.785,50	2.983,41	3.181,32	3.379,23	3.577,14	3.775,05	3.972,96	4.170,87	4.368,78	4.566,69	4.764,60
2		3.259,11	3.457,02	3.654,93	3.852,84	4.050,75	4.248,66	4.446,57	4.644,48	4.842,39	5.040,30	5.238,21

(noch Anlage 1)

noch Bundesbesoldungsordnung R

<u>Besoldungsgruppe</u>	3	4	5	6	7	8	9	10
<u>Ortzuschlag Tarifklasse</u>								
<u>Grundgehalt</u>	5.502,47	5.868,20	6.287,80	6.684,02	7.069,45	7.471,19	7.970,01	9.960,55

I a

Anlage 2

O r t s z u s c h l a g
(Monatsbeträge in DM)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11								
	R 3 bis R 10 H 5	677,94	786,08	878,61	967,04	1.008,07	1.085,83	1.163,59	1.260,45
I b	B 1 und B 2								
	A 13 bis A 16 R 1 und R 2 H 1 bis H 4	571,91	680,05	772,58	861,01	902,04	979,80	1.057,56	1.154,42
I c	A 9 bis A 12	508,27	616,41	708,94	797,37	838,40	916,16	993,92	1.090,78
II	A 1 bis A 8	478,79	581,79	674,32	762,75	803,78	881,54	959,30	1.056,16

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 96,86 DM.

1. Bundesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie im Landesbereich gewährt werden

Amtszulage nach	Betrag in DM
FN 1 zur BesGr A 2	31,41
FN 1 und FN 2 zur BesGr A 3	31,41
FN 1 und FN 2 zur BesGr A 4	31,41
FN 3 zur BesGr A 5	31,41
FN 4 zur BesGr A 9	234,--
FN 7 und FN 8 zur BesGr A 12	135,86
FN 7 zur BesGr A 13	163,02
FN 5 zur BesGr A 14	163,02
FN 7 zur BesGr A 15	163,02
FN 1 und FN 2 zur BesGr R 1	163,02
FN 3, 4, 5, 6 und 10 zur BesGr R 2	163,02
FN 3 zur BesGr R 3	163,02
FN 5 zur BesGr H 3	183,14
mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	281,71
FN 6 zur BesGr H 3	163,02

2. Landesrechtlich geregelte Amtszulagen

Amtszulage nach / für	Betrag in DM
FN 2 zur BesGr A 14	163,02
FN 5 zur BesGr A 14	190,20
FN 1 zur BesGr A 15	183,14
mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	281,71
FN 3 und FN 4 zur BesGr A 15	163,02
Bibliotheksräte (k.w.), Oberschul- lehrer (k.w.) und Staatsarchivräte (k.w.) in BesGr A 13	163,02
Realschulrektoren (k.w.) in BesGr A 14	190,20
Regierungsmedizinalkommissarien (k.w.) in BesGr A 15	146,73

**Mindestversorgungsbezüge, Mindestkürzungsgrenzen
ab 1. März 1979**

	Ledige und Geschiedene ³⁾ § 4o (1) BBesG	Verheiratete und Verwitwete § 4o (2) BBesG	§ 4o (5) BBesG
	Stufe 1	Stufe 2	
1. Mindestversorgungs- bezüge nach § 14 Abs. 1 Satz 3, § 2o Abs. 1 Satz 3 § 24 Abs. 1 Satz 3 BeamtVG			
Ruhegehalt	1.125,54	1.192,49	1.159,02
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 2)	-	8,65	8,65
	<u>1.125,54</u>	<u>1.201,14</u>	<u>1.167,67</u>
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	45,--	45,--	45,--
	<u>1.170,54</u>	<u>1.246,14</u>	<u>1.212,67</u>
Witwengeld ¹⁾	-	720,69	
Erhöhung (§ 14 Abs. 1 Satz 4)	-	45,--	
		<u>765,69</u>	
Halbwaisengeld ¹⁾	-	144,14	
Vollwaisengeld ¹⁾	225,11	240,23	

	Stufe 1	Stufe 2	
2. Mindestunfall- und Mindestkriegsunfall-versorgungsbezüge nach § 36 Abs. 3 Satz 3, § 39 Abs. 1 und 2, § 40, § 82 Abs. 1 Nr. 3 BeamtVG			
Ruhegehalt	1.298,70	1.375,95	1.337,33
Erhöhung (§ 14 Abs.1 Satz 2)	-	8,65	8,65
	<u>1.298,70</u>	<u>1.384,60</u>	<u>1.345,98</u>
Erhöhung (§ 14 Abs.1 Satz 4)	45,--	45,--	45,--
	<u>1.343,70</u>	<u>1.429,60</u>	<u>1.390,98</u>
Witwengeld 1)	-	830,76	-
Erhöhung § 14 Abs. 1 Satz 4)		45,--	
		<u>875,76</u>	
Waisengeld 1) 2)			
(§ 39 Abs. 1)	389,61	415,38	-
Halbwaisengeld 1)			
(§ 39 Abs. 2)	-	166,16	-
Vollwaisengeld 1)			
(§ 39 Abs. 2)	259,74	276,92	-
Unterhaltsbeitrag 1)			
(§ 40)	537,48	571,84	-
3. Mindestkürzungsgrenze nach § 53 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG			
Ruhestandsbeante und Witwen	2.114,50	2.243,25	2.178,88
Waisen	845,80	897,30	-

Stufe 1

Stufe 2

Für Versorgungsempfänger mit Wohnsitz in Berlin

1. Mindestversorgungs-
bezüge nach
§ 14 Abs. 1 Satz 3,
§ 20 Abs. 1 Satz 3,
§ 24 Abs. 1 Satz 3
BeamtVG

Ruhegehalt	1.149,20	1.216,15	1.182,67
Erhöhung (§ 14 Abs.1 Satz 2)	--	8,65	8,65
	<u>1.149,20</u>	<u>1.224,80</u>	<u>1.191,32</u>
Erhöhung (§ 14 Abs.1 Satz 4)	45,--	45,--	45,--
	<u>1.194,20</u>	<u>1.269,80</u>	<u>1.236,32</u>
Witwengeld 1)		734,88	
Erhöhung (§ 14 Abs.1 Satz 4)	-	45,--	-
		<u>779,88</u>	
Halbwaisengeld 1)	-	146,93	-
Vollwaisengeld 1)	229,84	244,96	-

	Stufe 1	Stufe	
2. Mindestunfall- und Mindestkriegsunfall-versorgungsbezüge nach			
§ 36 Abs. 3 Satz 3,			
§ 39 Abs. 1 und 2,			
§ 40			
§ 82 Abs. 1 Nr. 3			
BeamtVG			
Ruhegehalt	1.326,--	1.403,25	1.364,62
Erhöhung (§ 14 Abs.1 Satz 2)	-	8,65	8,65
	1.326,--	1.411,90	1.373,27
Erhöhung (§ 14 Abs.1 Satz 4)	45,--	45,--	45,--
	1.371,--	1.456,90	1.418,27
Witwengeld ¹⁾			
Erhöhung (§ 14 Abs.1 Satz 4)	-	847,14	-
		45,--	
		892,14	
Waisengeld ^{1) 2)}			
(§ 39 Abs. 1)	397,80	423,57	-
Halbwaisengeld ¹⁾	-	169,43	-
(§ 39 Abs. 2)			
Vollwaisengeld ¹⁾			
(§ 39 Abs. 2)	265,20	282,38	-
Unterhaltsbeitrag ¹⁾			
(§ 40)	548,40	582,76	-
3. Mindestkürzungsgrenze nach § 53 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG			
Ruhestandsbeamte und Witwen	2.159,99	2.288,74	2.224,37
Waisen	864,--	915,50	-

Zu den Mindestversorgungsbezügen und Mindestkürzungsgrenzen treten ggf. noch Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG, zum Vollwaisengeld ggf. zusätzlich der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamtVG. Bei den Mindestkürzungsgrenzen für Waisen ist ein ihnen ggf. zustehender Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 BeamtVG in die Anteilsberechnung (40 %) einzubeziehen. Die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG betragen

für 1 Kind	92,53 DM
für 2 Kinder	180,96 DM
für 3 Kinder	221,99 DM
für 4 Kinder	299,75 DM
für 5 Kinder	377,51 DM
für 6 Kinder	474,37 DM.

Bei mehr als 6 Kindern erhöht sich der Unterschiedsbetrag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 96,86 DM.

-
- 1) Die §§ 25, 42 BeamtVG sind zu beachten. Die Erhöhungsbeträge und die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG bleiben bei der anteiligen Kürzung außer Betracht.
 - 2) Waisengeld gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 2 BeamtVG in Höhe von 30 vom Hundert des Unfallruhegehalts kommt bei Kriegsunfallversorgung nicht in Betracht.
 - 3) Ledige und Geschiedene, die die Voraussetzungen des § 40 Abs. 2 Nrn. 3 und 4 BBesG und des Artikels 1 § 2 Abs. 2 und 3 HStruktG erfüllen, erhalten die Mindestsätze der Stufe 2.

I.

**Anwärterbezüge für Beamte
auf Widerruf im Vorbereitungsdienst
(Monatsbeträge)**

Eingangssamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungs- dienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Vollen- dung des 26. Lebens- jahres	nach Vollen- dung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
	DM	DM	DM	DM
A 1 bis A 4	719	807	229	76
A 5 bis A 8	863	984	263	76
A 9 bis A 11	1 017	1 159	305	76
A 12	1 300	1 465	334	76
A 13	1 347	1 515	340	76
A 13 + Zulage	1 396	1 566	344	76
(Artikel II § 6 Abs. 4 1. BesVNG) oder R 1				

II.

Unterhaltsbeihilfen

1. Verwaltungslehrlinge	475,-- DM
2. Verwaltungspraktikanten	560,-- DM

Hinweis

Inhalt des Gemeinsamen Amtsblattes des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

Nr. 4 v. 25. 4. 1979

(Einzelpreis dieser Nummer 5,60 DM, zuzügl. Portokosten)

Das „Verzeichnis der genehmigten Lernmittel für das
Schuljahr 1979/80“ ist dieser Ausgabe beigelegt.

A. Amtlicher Teil

I Kultusminister

Personalnachrichten	120
Dreizehnte Verordnung zur Ermittlung der Zahl der Lehrerstellen, die zur Deckung des Unterrichtsbedarfs an öffentlichen Schulen erforderlich sind – 13. AVOzSchFG – vom 21. Februar 1979	120
Siebente Verordnung zur Ermittlung der Zahl der Lehrerstellen, die zur Deckung des Unterrichtsbedarfs an öffentlichen Schulen erforderlich sind – 7. AVOzSchFG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1977 (GV. NW. S. 339), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Februar 1979 (GV. NW. S. 108)	121
Richtlinien zur Errechnung des Lehrerstellenbedarfs und zur Bildung der Klassen für das Schuljahr 1979/80. RdErl. d. Kultusministers v. 23. 3. 1979	123
Verordnung über die Durchschnittsbeträge nach § 3 Abs. 1 Lernmittelfreiheitsgesetz vom 28. Februar 1979	130
Durchführung der Lernmittelfreiheit im Schuljahr 1979/80; hier: Verwaltungsvorschriften gemäß § 4 Abs. 3 Lernmittelfreiheitsgesetz (VVzLFG). RdErl. d. Kultusministers v. 6. 3. 1979	133
Schulfremde Druckschriften. RdErl. d. Kultusministers v. 9. 3. 1979	136
Erhebung über die Klassenbildung zum Schuljahresbeginn 1979/80 (Vorstatistik). RdErl. d. Kultusministers v. 6. 3. 1979	136
Finanzierung der Ersatzschulen; hier: Änderung der Verwaltungsverordnung zur Durchführung des Ersatzschulfinanzierungsgesetzes (VVOzEFG). RdErl. d. Kultusministers v. 6. 3. 1979	137
Leistungsbewertung, Abschlüsse, Zeugnisse und Nachprüfungen in der Sekundarstufe I der Gesamtschule. RdErl. d. Kultusministers v. 28. 2. 1979	138
Berufsschulpflicht für Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres im Schuljahr 1979/80. RdErl. d. Kultusministers v. 20. 3. 1979	138
Durchführung des Berufsvorbereitungsjahres. RdErl. d. Kultusministers v. 23. 3. 1979	139
Fachschulen für Sozialpädagogik; hier: Schulpraktikum für Schüler im 3. Ausbildungsjahr an Fachschulen für Sozialpädagogik. RdErl. d. Kultusministers v. 8. 3. 1979	139
Landespersonalvertretungsgesetz; hier: Anschrift der Einigungsstelle gemäß § 67 LPVG für den Geschäftsbereich des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen. Bek. d. Kultusministers v. 22. 2. 1979	139
Übergang des Ewald-Mataré-Gymnasiums des Kreises Neuss in Meerbusch-Büderich in die Trägerschaft der Stadt Meerbusch. Bek. d. Kultusministers v. 2. 3. 1979	139

Englandkurse für deutsche Lehrer in Großbritannien im Herbst 1979 und im Frühjahr 1980. Bek. d. Kultusministers v. 23. 3. 1979

Verzeichnis der genehmigten Lernmittel für das Schuljahr 1979/80 (Beilage zum GABl. NW., Ausgabe April 1979)

II Minister für Wissenschaft und Forschung

Personalnachrichten	141
Promotionsordnungen des Fachbereichs 3 – Erziehungswissenschaften – der Gesamthochschule Wuppertal. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 7. 3. 1979	143
Termin für die Abgabe der Anträge auf Forschungsförderung. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 8. 3. 1979	150
Vorlesungszeiten für die Studienjahre 1979/80 und 1980/81. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 7. 3. 1979	150
Promotionsordnung der Abteilung für Chemie der Ruhr-Universität Bochum. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 5. 3. 1979	150
Diplomprüfungsordnung für Studierende der Psychologie in der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 5. 3. 1979	151
Prüfungsordnung für die Fachrichtung Maschinenwesen in Fachhochschulstudiengängen und entsprechenden Studiengängen an Gesamthochschulen. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 1. 2. 1979	151
Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen. Bek. d. Ministers für Wissenschaft und Forschung v. 27. 2. 1979	151
Stellenausschreibung für den Minister für Wissenschaft und Forschung	151

B. Nichtamtlicher Teil

Stellenausschreibungen im Geschäftsbereich des Kultusministers	152
Schulische Förderung lernbehinderter Aussiedlerkinder	155
Das Amt des Schiedsmannes an den Schulen NW	155
Mit drei Augen sehen; Fotokurse und Fotolehrgänge	155
Lernprogramm „Lohnsteuer“	155
Veröffentlichungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS)	155
Inhaltsverzeichnis des Ministerialblattes des Landes Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 15. März bis 12. April 1979	156
Inhaltsverzeichnis des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen für die Ausgaben vom 21. März bis 9. April 1979	159

C. Anzeigenteil

Kostenpflichtige Stellen- und Werbeanzeigen	160
---	-----

– MBl. NW. 1979 S. 804.

Einzelpreis dieser Nummer DM 3,20

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 59,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 118,- DM (Kalenderjahr). Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 6888293/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,80 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf